

Aufenthaltsrecht

CDU warnt davor, etabliertes Asylrecht auszuhöhlen

Mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht schaffe man einen Perspektivwechsel, erklärte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vergangene Woche. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, würde es rund 136 000 Ausländern die Aussicht auf dauerhaften Aufenthalt in Deutschland eröffnen.

Von Tilman Baur

STUTTGART. Das Gesetz sieht vor, dass Betroffene ein Jahr Zeit haben, um ein dauerhaftes Bleiberecht zu erwerben. Innerhalb der Frist müssen sie nachweisen, ihren Lebensunterhalt sichern zu können und gut Deutsch zu sprechen. Sie müssen zudem ihre Identität nachweisen. Voraussetzung für die Erlaubnis ist, dass die Personen am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland geduldet, gestattet oder mit Aufenthaltserlaubnis gelebt haben, nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.

Starftäter können dem Bund zufolge einfacher ausgewiesen werden

Straftäter und Gefährder profitieren laut Bundesregierung nicht von der Regelung, stattdessen wird deren Ausweisung erleichtert. Explizit soll das Gesetz den Fachkräftemangel lindern. So wurden Regelungen aus dem befristet geltenden Fachkräftewanderungsgesetz entfristet und dauerhaft anwendbar gemacht.



Mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht will der Bund einen Perspektivwechsel schaffen. Das Gesetz stößt auf Kritik. FOTO: DPA/FRANK GÄRTNER/SHOTSHOP

Flüchtlingsrat kritisiert Gesetzesentwurf

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg kritisiert das Gesetz aus mehreren Gründen. Unter anderem sei der Stichtag 1. Januar 2022 nicht angemessen, sagt Sprecher Sean McGinley mit Verweis auf die Flüchtlinge aus der Ukraine. „Noch

besser wäre es, das Gesetz ganz zu entfristen, also keinen Stichtag festzulegen, um auch künftig Ketten-Duldungen zu vermeiden.“ Auch die Auflagen, die innerhalb der einjährigen Frist zu erfüllen sind, hält der Flüchtlingsrat für falsch.

Auch der Familiennachzug aus Drittstaaten wird erleichtert. Die Bundesregierung sieht in ihrem Gesetz nicht nur einen „wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem Neuanfang in der Asyl-, Migrations- und

Integrationspolitik sowie einer umfassenden Modernisierung des Einwanderungsrechts“, sondern auch das Ende der Kettenduldung.

Nicht alle teilen diese Euphorie. Die CDU-Fraktion im Landtag zum

Beispiel. Zwar sei der Fraktion wichtig, eine Bleibeperspektive für gut integrierte Menschen zu schaffen, gerade auch, um Fachkräfte zu gewinnen, teilt der Vorsitzende des CDU-Fraktions-Arbeitskreises Recht und Verfassung, Arnulf Freiherr von Eyb, dem Staatsanzeiger mit. „Das geplante Chancen-Aufenthaltsrecht ist aus unserer Sicht allerdings nicht der richtige Weg, um dieses Ziel zu erreichen.“

Mit solchen Ausnahmegenehmigungen und Sonderwegen werde „das etablierte Asylrecht ausgehöhlt und ein Anreiz für unerlaubte Migration geschaffen“, so von Eyb.

Dabei hätten bereits alle eine Chance auf einen Aufenthaltstitel, die sich in der Vergangenheit gut im Land integriert hätten, arbeiteten oder zur Schule gingen. „Durch das Chancen-Aufenthaltsrecht würde man auf diesen Nachweis für Integrationsbereitschaft verzichten. Langzeitgeduldete würden schon vorab einen Titel erhalten und müssten erst anschließend Integrationsleistungen nachweisen. Dies wäre selbst dann möglich, wenn die Identität der Personen bis zum Zeitpunkt der Titelerteilung noch nicht geklärt ist“, sagt Arnulf von Eyb.

FDP-Fraktion: Einjährige Frist zur Umsetzung der Bedingungen ist fair

Anders sieht es die FDP-Fraktion. Aus Sicht des arbeits- und migrationspolitischen Sprechers Hans Dieter Scheerer ermögliche das Gesetz zum einen, langjährig Geduldeten einen fairen Weg zu einem dauerhaften Bleiberecht zu verschaffen. „Die einjährige Frist zur Umsetzung dieser Bedingungen ist fair, danach aber gibt es Planungssicherheit und ein Ende der unsinnigen Kettenduldungen“, sagt Scheerer.

„Zum anderen ist es aber auch eine Chance für die deutsche Wirtschaft – die Situation an Flughäfen oder in der Gastronomie zeigt aktuell sehr eindrücklich, wie dringend wir Arbeitskräfte brauchen.“ In Deutschland gebe es rund 250 000 Ausländer mit Duldungen, 136 000 würden vom Chancen-Aufenthaltsrecht profitieren. „Viele dieser Menschen werden in Baden-Württemberg wohnen“, so der Liberale.

Kurz notiert

Kritische Infrastruktur: Land fragt Gasverbrauch ab

STUTTGART. Das Innenministerium prüft, wie viel Gas Krankenhäuser und andere Einrichtungen, die zur kritischen Infrastruktur zählen, benötigen. Nach Angaben einer Sprecherin sollen diese Informationen in ein Hinweispapier für Kommunen fließen. Darin sollen Maßnahmen zur Einsparung von Energie im Bereich der öffentlichen Hand stehen. Es geht aber auch um technische Möglichkeiten zum Umrüsten. (lsw)

Strafgefangener hat laut Urteil kein Recht auf Internet

KARLSRUHE. Ein Strafgefangener in Baden-Württemberg hat im Gefängnis grundsätzlich keinen Anspruch auf Zugang zum Internet. Das entschied das Oberlandesgericht (OLG) Karlsruhe nach Angaben vom Dienstag in einem jetzt veröffentlichten Beschluss. Damit folge das OLG gängiger Rechtsprechung, erläuterte ein Sprecher. Im konkreten Fall geht es um einen Häftling aus der Justizvollzugsanstalt in Freiburg. (sta)

SPD will Energiegeld und Deckelung des Gaspreises

STUTTGART. Die SPD-Fraktion fordert ein Energiegeld für Menschen mit keinem oder kleinen Einkommen. Aus Sicht des Fraktionsvorsitzenden Andreas Stoch brauche es ein klares Zeichen der Landesregierung, damit niemand durch die hohen Energiekosten in Armut falle. Die SPD schlägt unter anderem einmalig ein Energiegeld von 440 Euro vor, das Anfang 2023 an die Bezieher von Wohngeld, Kinderzuschlag und BAföG ausbezahlt werden soll. Auch solle der Gaspreis gedeckelt werden. (sta)

Bauen im Land

Landesvertretung in Brüssel

Baden-Württembergs „EU-Botschaft“ um 2400 Quadratmeter erweitert

Neubau neben dem Bestandsgebäude wird auch vom Goethe-Institut genutzt

Um mehr Platz für Veranstaltungen und die politische Kontaktpflege auf EU-Ebene zu schaffen, hat Baden-Württemberg seine Landesvertretung in Brüssel deutlich erweitert. In dieser Woche wurde der Neubau neben der bisherigen Vertretung mit einem Festakt mit 600 Gästen eingeweiht.

Von Jürgen Schmidt

STUTTGART/BRÜSSEL. Seit 1987 ist Baden-Württemberg als eines der ersten deutschen Bundesländer mit einem Informationsbüro in Brüssel präsent, seit 2004 residiert die zwischenzeitlich zur Landesvertretung aufgewertete Dependence in der Rue Belliard 60 und 62 mitten im Europaviertel. Dort hat das Land mit der Erweiterung seiner „EU-Botschaft“ nun einen weiteren Meilenstein gesetzt. Durch den Neubau stehen rund 2400 Quadratmeter zusätzliche Nutzfläche zur Verfügung.

Land kauft Gebäude und Grundstück vom Bund

Dem Neubau ging ein Grundstücksgeschäft zwischen Bund und Land voraus. Weil das Außenministerium das Domizil des Goethe-Instituts in der Rue Belliard 58 wegen hohen Sanierungsbedarfs verkaufen wollte, entschloss sich das Land Baden-Württemberg, zuzugreifen. „Über die Jahre hin reift der Gedanke, das Haus durch das Land zu erwerben, die Landesvertretung um die dringend benötigten Veranstaltungsräume zu erweitern und gleichzeitig für das Goethe-Institut als zukünftige Mieter mit zu bauen“, be-



Der große Veranstaltungssaal ist zum Garten hin ausgerichtet und bildet das neue Zentrum der Landesvertretung. FOTOS: ACHIM BIRNBAUM

schreibt Kai Fischer, Leiter der Abteilung Vermögen und Bau im Finanzministerium, in der Broschüre zur Eröffnung die Grundidee.

Gestalterisch umgesetzt wurde diese vom Berliner Büro Weinmiller Großmann Architekten. Als „Neubau hinter dem Altbau“ beschreiben die Planer ihr Konzept. Der historische, vorderste Gebäudeteil, eines der letzten Häuser aus dem 19. Jahrhundert an der Rue Belliard, wurde erhalten und restauriert. Dahinter setzten die Architekten einen Neubau mit einer Metall-Glasfassade. Dieser ragen hinter dem historischen Haus auf, ohne es zu erdrücken, charakterisiert Weinmiller Großmann seinen Entwurf.

Mit diesen beiden Baukörpern ist das nur 27 Meter breite, aber 64 Meter tiefe Grundstück noch nicht aus-

genutzt. Im hinteren Teil wurde ein Gartenhof angelegt, der alle öffentlichen Räume im Erdgeschoss miteinander verbindet.

Zudem wurde der neue Hof mit dem bestehenden Hof und Garten in der bisherigen Landesvertretung vernetzt, damit die Flächen gemeinsam für große Veranstaltungen genutzt werden können.

Veranstaltungsflächen um zwei Drittel vergrößert

Für die Erweiterung der Landesvertretung hat das Land nach eigenen Angaben rund 30 Millionen Euro investiert. Ein Teil kann über Mietnahmen refinanziert werden. Denn nicht nur das Goethe-Institut ist im Erweiterungsbau zu Hause. In den oberen beiden Etagen haben sich

Daten und Fakten

- Maßnahme:** Erweiterungsbau für die Landesvertretung Baden-Württemberg bei der EU in Brüssel
- Bauherr:** Land Baden-Württemberg, vertreten durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg, Amt Mannheim und Heidelberg
- Bauzeit:** 10/2018 bis 7/2021
- Architekten:** Weinmiller Großmann Architekten, Berlin
- Kosten:** rund 30 Millionen Euro
- Nutzfläche:** rund 2400 Quadratmeter
- Energieversorgung:** Geothermie und Gasbrennwertkessel
- Kunst am Bau:** Florina Leinß, Stuttgart



Vertikale Metalllamellen prägen die Fassade des Erweiterungsbaus für die Landesvertretung Baden-Württembergs in Brüssel (Bildmitte).

EUROPA GANZ NAH
mit moderner Konferenz- und Streamingtechnik

